

---

**2010**                      **Ausgegeben zu Bonn am 13. Oktober 2010**                      **Nr. 27**

---

Tag	Inhalt	Seite
6.10.2010	<b>Gesetz zu den Änderungen vom 2. Oktober 2008 des Übereinkommens vom 3. September 1976 über die Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation (International Mobile Satellite Organization – IMSO) . . . . .</b> GESTA: XE002	1110
5.10.2010	Verordnung zu dem Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006 über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur . . . . .	1118
10. 8.2010	Bekanntmachung von Änderungen der Statuten der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial . . . . .	1122
26. 8.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht . . . . .	1123
26. 8.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr sowie des Zusatzprotokolls hierzu betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr . . . . .	1123
26. 8.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen . . . . .	1124
31. 8.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (Umweltkriegsübereinkommen) . . . . .	1124
31. 8.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 152 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Arbeitsschutz bei der Hafearbeit . . . . .	1125
31. 8.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen . . . . .	1125
1. 9.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Internationalen Kupfer-Studiengruppe	1126
1. 9.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 14. Juni 1954 über einige Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt . . . . .	1126
1. 9.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 6. Oktober 1989 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt . . . . .	1127
1. 9.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 26. Oktober 1990 zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt . . . . .	1127
1. 9.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen . . . . .	1128
2. 9.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 150 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Arbeitsverwaltung: Rolle, Aufgaben, Aufbau . . . . .	1129
2. 9.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten . . . . .	1130
18. 9.2010	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens Nr. 180 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Arbeitszeit der Seeleute und die Besatzungsstärke der Schiffe . . . . .	1131
18. 9.2010	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 141 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Verbände ländlicher Arbeitskräfte und ihre Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung . . . . .	1132

---

**Gesetz**  
**zu den Änderungen vom 2. Oktober 2008**  
**des Übereinkommens vom 3. September 1976**  
**über die Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation**  
**(International Mobile Satellite Organization – IMSO)**

**Vom 6. Oktober 2010**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Den in Valletta am 2. Oktober 2008 von der Versammlung der Vertragsparteien des Übereinkommens beschlossenen Änderungen des Übereinkommens vom 3. September 1976 über die Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation (BGBl. 1979 II S. 1081, 1082), das mit Bekanntmachung vom 22. Oktober 2001 neu gefasst worden ist (BGBl. II S. 1267, 1268), wird zugestimmt. Die Änderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

**Artikel 2**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann das Übereinkommen über die Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation in der durch die Beschlüsse vom 2. Oktober 2008 geänderten Fassung mit einer amtlichen deutschen Übersetzung in der Neufassung bekannt machen.

**Artikel 3**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Änderungen des Übereinkommens über die Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation nach Artikel 18 Absatz 2 dieses Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

---

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 6. Oktober 2010

Der Bundespräsident  
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister  
für Wirtschaft und Technologie  
Rainer Brüderle

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Guido Westerwelle

Änderungen  
des Übereinkommens über die Internationale Organisation  
für mobile Satellitenkommunikation,  
angenommen auf der zwanzigsten Tagung der Versammlung

Amendments  
to the Convention on the International  
Mobile Satellite Organization  
adopted at the twentieth session of the Assembly

(Übersetzung)

The second paragraph of the Preamble is replaced by the following text:

Considering also the relevant provisions of the Treaty on Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, Including the Moon and Other Celestial Bodies, concluded on 27 January 1967, and in particular Article I, which states that outer space shall be used for the benefit and in the interests of all countries,

The fourth and fifth paragraphs of the Preamble are replaced by the following text:

Bearing in mind that the International Maritime Satellite Organization (INMARSAT) has, in accordance with its original purpose, established a global mobile satellite communications system for maritime communications, including distress and safety communications capabilities which are specified in the International Convention for the Safety of Life at Sea, 1974, as amended from time to time, and the Radio Regulations specified in the Constitution and the Convention of the International Telecommunication Union, as amended from time to time, as meeting certain radiocommunications requirements of the Global Maritime Distress and Safety System (GMDSS),

Recalling that INMARSAT has extended its original purpose by providing aeronautical and land mobile satellite communications, including aeronautical satellite communications for air traffic management and aircraft operational control (aeronautical safety services), and is also providing radiodetermination services,

The sixth, seventh and eighth paragraphs of the Preamble are deleted.

The following new text is added as the sixth, seventh, eighth, ninth and tenth paragraphs of the Preamble:

Recalling further that in December 1994 the Assembly decided to replace the name "International Maritime Satellite Organization (INMARSAT)" with "International Mobile Satellite Organization (Inmarsat)", and that, although these amendments did not enter formally into force, the name International Mobile Satellite Organization (Inmarsat) was used thereafter, including in the restructuring documentation,

Recognizing that, in the restructuring of the International Mobile Satellite Organization, its assets, commercial operations

Der zweite Beweggrund der Präambel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Ferner in Anbetracht der einschlägigen Bestimmungen des am 27. Januar 1967 geschlossenen Vertrags über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, insbesondere des Artikels I, der besagt, dass der Weltraum zum Vorteil und im Interesse aller Länder genutzt wird;

Der vierte und der fünfte Beweggrund der Präambel werden durch folgenden Wortlaut ersetzt:

In dem Bewusstsein, dass die Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT) entsprechend ihrem ursprünglichen Zweck ein weltweites mobiles Satellitenkommunikationssystem für die Schifffahrt errichtet hat, und zwar mit der Möglichkeit, Seenot- und Sicherheitsfunkverbindungen bereitzustellen, die gemäß dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, 1974, – in der jeweils geänderten Fassung – und gemäß der in der Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion genannten Vollzugsordnung für den Funkdienst – in der jeweils geänderten Fassung – bestimmte Funkverkehrsansforderungen des Weltweiten Seenot- und Sicherheitsfunksystems (GMDSS) erfüllen;

Eingedenk der Tatsache, dass die INMARSAT ihren ursprünglichen Zweck erweitert hat, indem sie Verbindungen des mobilen Flug- und Landfunkdienstes über Satelliten einschließlich Flugfunksatellitenverbindungen für die Regelung des Luftverkehrs und die Betriebskontrolle von Luftfahrzeugen (Flugsicherungsfunkdienste) bereitstellt, und dass sie ebenfalls Ortungsfunkdienste bereitstellt;

Der sechste, siebte und achte Beweggrund der Präambel werden gestrichen.

Der folgende neue Wortlaut wird als sechster, siebter, achter, neunter und zehnter Beweggrund der Präambel angefügt:

Des weiteren eingedenk dessen, dass die Versammlung im Dezember 1994 beschlossen hat, die Bezeichnung „Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)“ durch „Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation (Inmarsat)“ zu ersetzen, und dass die Bezeichnung Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation (Inmarsat) seitdem auch in den Umstrukturierungsdokumenten verwendet wurde, obwohl diese Änderungen offiziell nicht in Kraft getreten sind;

In der Erkenntnis, dass im Rahmen der Umstrukturierung der Internationalen Organisation für mobile Satellitenkommunikati-

and interests were transferred without restriction to a new commercial company, Inmarsat Ltd., while the continued provision of the GMDSS and adherence to the other public interests by the company have been secured by a mechanism for intergovernmental oversight by the International Mobile Satellite Organization (IMSO),

Acknowledging that, by adopting IMO Assembly Resolution A.888(21), "Criteria for the Provision of Mobile-Satellite Communication Systems in the Global Maritime Distress and Safety System (GMDSS)", the International Maritime Organization (IMO) has recognized the need for IMO to have in place criteria against which to evaluate the capabilities and performance of mobile satellite communication systems, as may be notified to IMO by Governments for possible recognition for use in the GMDSS,

Acknowledging further that IMO has developed a "Procedure for the Evaluation and Possible Recognition of Mobile-Satellite Systems Notified for Use in the GMDSS",

Acknowledging also the desire of Parties to promote the growth of a pro-competitive market environment in the current and future provision of mobile satellite communications systems services for the GMDSS,

The ninth paragraph of the Preamble is replaced by the following text, as the eleventh paragraph:

Affirming that, under such circumstances, there is a need to ensure continuity in the provision of the GMDSS through intergovernmental oversight,

The following text is added as the twelfth, thirteenth and fourteenth paragraphs of the Preamble:

Acknowledging that IMO, through the Maritime Safety Committee (MSC) at its eighty-first session, adopted amendments to Chapter V of the International Convention for the Safety of Life at Sea, 1974 relating to the long-range identification and tracking of ships (LRIT), adopted performance standards and functional requirements for LRIT, and adopted arrangements for the timely establishment of the LRIT system,

Affirming the willingness of Parties that IMSO may assume the functions and duties of the LRIT Co-ordinator, at no cost to Parties, in accordance with decisions of IMO, subject to the terms of this Convention,

Acknowledging that the MSC, at its eighty-second session, decided to appoint IMSO as the LRIT Co-ordinator and invited IMSO to take whatever action it could in order to ensure the timely implementation of the LRIT system,

Article 1 – Definitions – sub-paragraph (b) is renumbered (c) and is replaced by the following text:

(c) "Provider" means any entity or entities, which, through a mobile satellite communications system recognized by IMO, provides services for the GMDSS.

sub-paragraph (c) is renumbered (d)

sub-paragraph (d) is renumbered (e) and is replaced by the following text:

on deren Vermögenswerte, wirtschaftliche Tätigkeiten und Interessen uneingeschränkt auf ein neues Wirtschaftsunternehmen, Inmarsat Ltd., übertragen wurden, während die weitere Bereitstellung des GMDSS und die Wahrung der sonstigen öffentlichen Interessen durch das Unternehmen von der Internationalen Organisation für mobile Satellitenkommunikation (IMSO) über einen Mechanismus für zwischenstaatliche Aufsicht sichergestellt wurden;

In Anerkennung der Tatsache, dass die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO) durch die Annahme der Entschließung A.888(21) der IMO-Versammlung mit dem Titel „Kriterien für die Bereitstellung von mobilen Satellitenkommunikationssystemen im Weltweiten Seenot- und Sicherheitsfunksystem (GMDSS)“ anerkannt hat, dass die IMO Kriterien benötigt, anhand deren sie die Fähigkeiten und die Leistung mobiler Satellitenkommunikationssysteme bewerten kann, die ihr etwa von Regierungen im Hinblick auf die mögliche Anerkennung für die Verwendung im GMDSS vorgestellt werden;

Des weiteren in Anerkennung dessen, dass die IMO ein „Verfahren für die Bewertung und mögliche Anerkennung von mobilen Satellitensystemen, die für eine Verwendung im GMDSS vorgeschlagen werden,“ entwickelt hat;

Darüber hinaus in Anerkennung des Wunsches der Vertragsparteien, die Entwicklung eines wettbewerbsfreundlichen Marktumfelds für die gegenwärtige und künftige Bereitstellung mobiler Satellitenkommunikationssysteme für das GMDSS zu fördern;

Der neunte Beweggrund der Präambel wird durch folgenden Wortlaut ersetzt, der zum elften Beweggrund wird:

In Bekräftigung der Tatsache, dass unter diesen Umständen die Notwendigkeit besteht, eine kontinuierliche Bereitstellung des GMDSS durch zwischenstaatliche Aufsicht sicherzustellen;

Der folgende Wortlaut wird als zwölfter, dreizehnter und vierzehnter Beweggrund der Präambel angefügt:

In Anerkennung der Tatsache, dass die IMO durch den Schiffssicherheitsausschuss (MSC) auf dessen einundachtzigster Tagung Änderungen des Kapitels V des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See bezüglich der Identifizierung und Routenverfolgung von Schiffen über große Entfernungen (LRIT) beschlossen und Leistungs- und Funktionsanforderungen für LRIT sowie Vorkehrungen für die rechtzeitige Einführung des LRIT-Systems angenommen hat;

In Bestätigung der Bereitschaft der Vertragsparteien, dass die IMSO, für die Vertragsparteien kostenfrei, die Aufgaben und Pflichten eines LRIT-Koordinators im Einklang mit den Beschlüssen der IMO und nach Maßgabe dieses Übereinkommens übernimmt;

In Anerkennung der Tatsache, dass der MSC auf seiner zweiundachtzigsten Tagung beschlossen hat, die IMSO zum LRIT-Koordinator zu bestimmen, und die IMSO dazu aufgerufen hat, alle ihr möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die rechtzeitige Einführung des LRIT-Systems sicherzustellen;

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen – Buchstabe b wird zu Buchstabe c und wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

c) „Anbieter“ bezeichnet jeden Rechtsträger, der über ein von der IMO anerkanntes mobiles Satellitenkommunikationssystem Dienste für das GMDSS bereitstellt.

Buchstabe c wird zu Buchstabe d.

Buchstabe d wird zu Buchstabe e und wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

- (e) "Public Services Agreement" means an Agreement executed by the Organization and a Provider, as referred to in Article 5(1).

sub-paragraph (e) is renumbered (b) and is replaced by the following text:

- (b) "GMDSS" means the Global Maritime Distress and Safety System as established by IMO.

The following text is included as new sub-paragraphs (f) to (l):

- (f) "IMO" means the International Maritime Organization.
- (g) "MSC" means the Maritime Safety Committee of IMO.
- (h) "LRIT" means the long-range identification and tracking of ships as established by IMO.
- (i) "LRIT Services Agreement" means an Agreement executed by the Organization and either an LRIT Data Centre or an LRIT Data Exchange, or other relevant entities, as referred to in Article 7.
- (j) "LRIT Data Centre" means a national, regional, co-operative or international data centre operating in conformity with requirements adopted by IMO in relation to LRIT.
- (k) "LRIT Data Exchange" means a data exchange operating in conformity with requirements adopted by IMO in relation to LRIT.
- (l) "LRIT Co-ordinator" means the Co-ordinator for the LRIT system appointed by the MSC.

Article 2 – Establishment of the Organization – is replaced by the following text:

The International Mobile Satellite Organization (IMSO), herein referred to as "the Organization", is hereby established.

Article 3 – Purpose – is replaced by the following text:

### Article 3

#### Primary Purpose

(1) The Primary Purpose of the Organization is to ensure the provision, by each Provider, of maritime mobile satellite communications services for the GMDSS according to the legal framework set up by IMO.

(2) In implementing the Primary Purpose set out in paragraph (1), the Organization shall:

- (a) act exclusively for peaceful purposes; and
- (b) perform the oversight functions in a fair and consistent manner among Providers.

A new Article 4 – Other Functions – is inserted, as follows:

### Article 4

#### Other Functions

(1) Subject to the decision of the Assembly, the Organization may assume functions and/or duties of LRIT Co-ordinator, at no cost to Parties, in accordance with the decisions of IMO.

(2) The Organization shall continue to perform the functions and/or duties of LRIT Co-ordinator, subject to the decision of the Assembly. In performing such functions and/or duties, the Organization shall act in a fair and consistent manner.

- e) „Vereinbarung über Leistungen im öffentlichen Interesse“ bezeichnet eine von der Organisation und einem Anbieter durchgeführte Vereinbarung nach Artikel 5 Absatz 1;

Buchstabe e wird zu Buchstabe b und wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

- b) „GMDSS“ bezeichnet das von der IMO errichtete Weltweite Seenot- und Sicherheitsfunksystem.

Der folgende Wortlaut wird als neue Buchstaben f bis l angefügt:

- f) „IMO“ bezeichnet die Internationale Seeschiffahrts-Organisation;
- g) „MSC“ bezeichnet den Schiffssicherheitsausschuss der IMO;
- h) „LRIT“ bezeichnet die von der IMO eingeführte Identifizierung und Routenverfolgung von Schiffen über große Entfernungen;
- i) „Vereinbarung über LRIT-Leistungen“ bezeichnet eine Vereinbarung nach Artikel 7, die von der Organisation und entweder einem LRIT-Datenzentrum oder einem LRIT-Datenaustauschdienst oder einem sonstigen einschlägigen Rechtsträger durchgeführt wird;
- j) „LRIT-Datenzentrum“ bezeichnet ein nationales, regionales, kooperatives oder internationales Datenzentrum, das im Einklang mit den von der IMO bezüglich der LRIT angenommenen Anforderungen arbeitet;
- k) „LRIT-Datenaustauschdienst“ bezeichnet einen Datenaustauschdienst, der im Einklang mit den von der IMO bezüglich der LRIT angenommenen Anforderungen arbeitet;
- l) „LRIT-Koordinator“ bezeichnet den vom MSC ernannten Koordinator für das LRIT-System.

Artikel 2 – Gründung der Organisation – wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Die Internationale Organisation für mobile Satellitenkommunikation (IMSO), im Folgenden als „Organisation“ bezeichnet, wird hiermit gegründet.

Artikel 3 – Zweck – wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

### Artikel 3

#### Hauptzweck

(1) Hauptzweck der Organisation ist es, die Bereitstellung der mobilen See-Satellitenkommunikationsdienste für das GMDSS durch den jeweiligen Anbieter im Einklang mit dem von der IMO festgelegten rechtlichen Rahmen sicherzustellen.

(2) Bei der Verfolgung des in Absatz 1 genannten Hauptzwecks

- a) wird die Organisation nur für friedliche Zwecke tätig und
- b) nimmt die Organisation die Aufsichtsaufgaben in einer mit Blick auf alle Anbieter fairen und einheitlichen Weise wahr.

Der folgende neue Artikel 4 – Sonstige Aufgaben – wird eingefügt:

### Artikel 4

#### Sonstige Aufgaben

(1) Vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung kann die Organisation, für die Vertragsparteien kostenfrei, im Einklang mit den Beschlüssen der IMO die Aufgaben und/oder Pflichten eines LRIT-Koordinators übernehmen.

(2) Die Organisation setzt die Wahrnehmung der Aufgaben und/oder Pflichten als LRIT-Koordinator vorbehaltlich der Zustimmung der Versammlung fort. Die Organisation nimmt diese Aufgaben und/oder Pflichten in einer fairen und einheitlichen Weise wahr.

Article 4 – Implementation of Basic Principles – is replaced by the following new Article 5 – Oversight of the GMDSS – and Article 6 – Facilitation

#### Article 5

##### Oversight of the GMDSS

(1) The Organization shall execute a Public Services Agreement with each Provider, and shall conclude such other arrangements as may be necessary to enable the Organization to perform its oversight functions, and to report as well as make recommendations, as appropriate.

(2) Oversight of Providers by the Organization shall be based on:

- (a) any specific conditions or obligations imposed by IMO during, or at any stage after, the recognition and authorization of the Provider;
- (b) relevant international regulations, standards, recommendations, resolutions and procedures relating to the GMDSS;
- (c) the relevant Public Services Agreement and any other related arrangements concluded between the Organization and the Provider.

(3) Each Public Services Agreement shall include, *inter alia*, general provisions, common principles and appropriate obligations for the Provider in accordance with a Reference Public Services Agreement and guidelines developed by the Assembly, including arrangements for the provision of all the information necessary for the Organization to fulfil its purpose, functions and duties, consistent with Article 3.

(4) All Providers shall execute Public Services Agreements which shall also be executed by the Director General on behalf of the Organization. Public Services Agreements shall be approved by the Assembly. The Director General shall circulate the Public Services Agreements to all Parties. Such Agreements shall be considered approved by the Assembly unless more than one-third of the Parties submit written objections to the Director General within three months from the date of circulation.

#### Article 6

##### Facilitation

(1) Parties shall take appropriate measures, in accordance with national laws, to enable Providers to provide GMDSS services.

(2) The Organization, through existing international and national mechanisms dealing with technical assistance, should seek to assist Providers in their effort to ensure that all areas, where there is a need, are provided with mobile satellite communications services, giving due consideration to the rural and remote areas.

A new Article 7 – LRIT Services Agreements – is inserted, as follows:

#### Article 7

##### LRIT Services Agreements

In order to perform its LRIT Co-ordinator functions and duties, including recovery of the costs incurred, the Organization may enter into contractual relationships, including LRIT Services Agreements, with LRIT Data Centres, LRIT Data Exchanges, or other relevant entities, on such terms and conditions as may be negotiated by the Director General, subject to oversight by the Assembly.

Artikel 4 – Umsetzung der Grundsätze – wird durch die folgenden neuen Artikel 5 – Aufsicht über das GMDSS – und Artikel 6 – Erleichterung – ersetzt:

#### Artikel 5

##### Aufsicht über das GMDSS

(1) Die Organisation führt mit jedem Anbieter eine Vereinbarung über Leistungen im öffentlichen Interesse durch und trifft, soweit erforderlich, sonstige Vereinbarungen, die es ihr ermöglichen, ihre Aufsichtsaufgaben wahrzunehmen und gegebenenfalls Bericht zu erstatten und Empfehlungen zu unterbreiten.

(2) Die Aufsicht der Organisation über die Anbieter erfolgt auf der Grundlage

- a) besonderer Bedingungen oder Pflichten, die von der IMO bei oder jederzeit nach der Anerkennung und Zulassung des Anbieters auferlegt werden;
- b) einschlägiger internationaler Regelungen, Normen, Empfehlungen, Beschlüsse und Verfahren bezüglich des GMDSS;
- c) der entsprechenden Vereinbarung über Leistungen im öffentlichen Interesse sowie aller sonstigen zugehörigen Vereinbarungen, die zwischen der Organisation und dem Anbieter getroffen wurden.

(3) Jede Vereinbarung über Leistungen im öffentlichen Interesse enthält unter anderem allgemeine Bestimmungen, gemeinsame Grundsätze und die einschlägigen Pflichten des Anbieters gemäß einer Mustervereinbarung über Leistungen im öffentlichen Interesse und Leitlinien, die von der Versammlung erarbeitet werden, einschließlich Vereinbarungen über die Erteilung aller Auskünfte, die dazu notwendig sind, dass die Organisation ihren Zweck, ihre Aufgaben und Pflichten im Einklang mit Artikel 3 erfüllen kann.

(4) Alle Anbieter führen die Vereinbarungen über Leistungen im öffentlichen Interesse durch, wie auch der Generaldirektor sie im Namen der Organisation durchführt. Die Vereinbarungen über Leistungen im öffentlichen Interesse werden von der Versammlung genehmigt. Der Generaldirektor leitet die Vereinbarungen über Leistungen im öffentlichen Interesse an alle Vertragsparteien weiter. Diese Vereinbarungen gelten als von der Versammlung genehmigt, sofern nicht mehr als ein Drittel der Vertragsparteien innerhalb von drei Monaten nach der Weiterleitung beim Generaldirektor schriftlich Widerspruch erhebt.

#### Artikel 6

##### Erleichterung

(1) Die Vertragsparteien ergreifen im Einklang mit den innerstaatlichen Gesetzen geeignete Maßnahmen, die es den Anbietern ermöglichen, GMDSS-Dienste bereitzustellen.

(2) Die Organisation soll unter Nutzung der bestehenden internationalen und nationalen Mechanismen der technischen Hilfe versuchen, die Anbieter in ihren Anstrengungen zu unterstützen, sicherzustellen, dass alle Gebiete, in denen ein Bedarf besteht, mit mobilen Satellitenkommunikationsdiensten versorgt werden, wobei die ländlichen und entlegenen Gebiete gebührend berücksichtigt werden sollen.

Der folgende neue Artikel 7 – Vereinbarungen über LRIT-Leistungen – wird eingefügt:

#### Artikel 7

##### Vereinbarungen über LRIT-Leistungen

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten als LRIT-Koordinator, einschließlich der Deckung der angefallenen Kosten, kann die Organisation unter der Aufsicht der Versammlung vertragliche Beziehungen, einschließlich Vereinbarungen über LRIT-Leistungen, mit LRIT-Datenzentren, LRIT-Datenaustauschdiensten und sonstigen einschlägigen Rechtsträgern zu Bedingungen eingehen, die vom Generaldirektor ausgehandelt werden können.

Article 5 – Structure – is renumbered Article 8 and sub-paragraph (b) thereof is replaced by the following text:

(b) A Directorate, headed by a Director General.

Article 6 – Assembly – Composition and Meetings – is renumbered Article 9 and paragraph (2) thereof is replaced by the following text:

(2) Regular sessions of the Assembly shall be held once every two years. Extraordinary sessions shall be convened upon the request of one-third of the Parties or upon the request of the Director General, or as may be provided for in the Rules of Procedure for the Assembly.

Article 7 – Assembly – Procedure – is renumbered Article 10 and paragraph (4) thereof is replaced by the following text:

(4) A quorum for any meeting of the Assembly shall consist of a simple majority of the Parties.

Article 8 – Assembly – Functions – is renumbered Article 11 and sub-paragraphs (a), (b), (d) and (e) thereof are replaced by the following text:

- (a) to consider and review the purposes, general policy and long term objectives of the Organization and the activities of the Providers which relate to the primary purpose;
- (b) to take any steps or procedures necessary to ensure that each Provider carries out its obligation of providing maritime mobile satellite communications services for the GMDSS, including approval of the conclusion, modification and termination of Public Services Agreements;
- (d) to decide upon any amendment to this Convention pursuant to Article 20 thereof;
- (e) to appoint a Director General under Article 12 and to remove the Director General;

The following new sub-paragraphs (f), (g) and (h) are included:

- (f) to endorse the budget proposals of the Director General, and to establish procedures for the review and approval of the budget;
- (g) to consider and review the purposes, general policy and long term objectives of the Organization in the performance of the Organization's role as LRIT Co-ordinator, and to take appropriate steps necessary to ensure that the Organization performs its role as LRIT Co-ordinator;
- (h) to take any steps or procedures necessary in the negotiation and execution of LRIT Services Agreements and/or contracts, including approval of the conclusion, modification and termination of such Agreements and/or contracts; and

sub-paragraph (f) is renumbered sub-paragraph (i)

Article 9 – Secretariat – is renumbered Article 12 and is replaced by the following title and text:

**Article 12**  
**Directorate**

- (1) The term of appointment of the Director General shall be for four years or such other term as the Assembly decides.
- (2) The Director General shall serve for a maximum of two consecutive terms, unless the Assembly decides otherwise.

Artikel 5 – Struktur – wird zu Artikel 8, und Buchstabe b jenes Artikels wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

b) ein Direktorium unter Leitung eines Generaldirektors.

Artikel 6 – Versammlung – Zusammensetzung und Sitzungen – wird zu Artikel 9, und Absatz 2 jenes Artikels wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(2) Ordentliche Tagungen der Versammlung finden alle zwei Jahre statt. Außerordentliche Tagungen werden anberaumt, wenn ein Drittel der Vertragsparteien oder der Generaldirektor dies beantragt oder wenn dies nach der Geschäftsordnung der Versammlung vorgesehen ist.

Artikel 7 – Versammlung – Verfahren – wird zu Artikel 10, und Absatz 4 jenes Artikels wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(4) Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn die einfache Mehrheit der Vertragsparteien auf einer Sitzung anwesend ist.

Artikel 8 – Versammlung – Aufgaben – wird zu Artikel 11, und die Buchstaben a, b, d und e jenes Artikels werden durch folgenden Wortlaut ersetzt:

- a) die Zwecke, die allgemeine Zielsetzung und die langfristigen Ziele der Organisation sowie die Tätigkeiten der Anbieter, die mit dem Hauptzweck zusammenhängen, zu erörtern und zu überprüfen;
- b) sämtliche Maßnahmen oder Verfahren einzuleiten, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass jeder Anbieter seiner Verpflichtung zur Bereitstellung von mobilen See-Satellitenkommunikationsdiensten für das GMDSS nachkommt; dies schließt auch ihre Zustimmung zum Abschluss, zur Änderung und zur Beendigung von Vereinbarungen über Leistungen im öffentlichen Interesse ein;
- d) über Änderungen dieses Übereinkommens nach Artikel 20 zu beschließen;
- e) einen Generaldirektor nach Artikel 12 zu ernennen und den Generaldirektor abzuberufen;

Die folgenden neuen Buchstaben f, g und h werden angefügt:

- f) die Haushaltsvorschläge des Generaldirektors zu bestätigen und das Verfahren für die Prüfung und Genehmigung des Haushaltsplans festzulegen;
- g) die Zwecke, die allgemeine Zielsetzung und die langfristigen Ziele der Organisation im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Rolle der Organisation als LRIT-Koordinator zu erörtern und zu überprüfen und die erforderlichen geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass die Organisation ihre Rolle als LRIT-Koordinator wahrnimmt;
- h) sämtliche Maßnahmen oder Verfahren einzuleiten, die im Zusammenhang mit der Aushandlung und Durchführung von Vereinbarungen über LRIT-Dienste oder von entsprechenden Verträgen erforderlich sind, einschließlich der Zustimmung zum Abschluss, zur Änderung und zur Beendigung solcher Vereinbarungen oder Verträge, und

Buchstabe f wird zu Buchstabe i.

Artikel 9 – Sekretariat – wird zu Artikel 12 und erhält folgende Überschrift und folgenden Wortlaut:

**Artikel 12**  
**Direktorium**

- (1) Die Amtszeit des Generaldirektors beträgt vier Jahre oder einen anderen Zeitraum, den die Versammlung festlegt.
- (2) Der Generaldirektor kann sein Amt für höchstens zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten innehaben, sofern die Versammlung nichts anderes beschließt.

(3) The Director General shall be the legal representative of the Organization and Chief Executive Officer of the Directorate, and shall be responsible to and under the direction of the Assembly.

(4) The Director General shall, subject to the guidance and instructions of the Assembly, determine the structure, staff levels and standard terms of employment of officials and employees, and consultants and other advisers to the Directorate, and shall appoint the personnel of the Directorate.

(5) The paramount consideration in the appointment of the Director General and other personnel of the Directorate shall be the necessity of ensuring the highest standards of integrity, competency and efficiency.

(6) The Organization shall conclude, with any Party in whose territory the Organization establishes the Directorate, an agreement, to be approved by the Assembly, relating to any facilities, privileges and immunities of the Organization, its Director General, other officers, and representatives of Parties whilst in the territory of the host Government, for the purpose of exercising their functions. The agreement shall terminate if the Directorate is moved from the territory of the host Government.

(7) All Parties, other than a Party which has concluded an agreement referred to in paragraph (6), shall conclude a Protocol on the privileges and immunities of the Organization, its Director General, its staff, of experts performing missions for the Organization and representatives of Parties whilst in the territory of Parties for the purposes of exercising their functions. The Protocol shall be independent of this Convention and shall prescribe the conditions for its termination.

Article 10 – Costs – is renumbered Article 13 and is replaced by the following text:

#### **Article 13**

##### **Costs**

(1) The Organization shall keep separate accounts of costs incurred for GMDSS oversight and LRIT Co-ordinator services. The Organization shall, in the Public Services Agreements, and in the LRIT Services Agreements and/or contracts, as appropriate, arrange for the costs associated with the following to be paid by the Providers and by entities with which the Organization has entered into LRIT Services Agreements and/or contracts:

- (a) the operation of the Directorate;
- (b) the holding of Assembly sessions and meetings of its subsidiary bodies;
- (c) the implementation of measures taken by the Organization in accordance with Article 5 to ensure that the Provider carries out its obligation of providing maritime mobile satellite communications services for the GMDSS; and
- (d) the implementation of measures taken by the Organization in accordance with Article 4 in its role as LRIT Co-ordinator.

(2) The costs defined in paragraph (1) shall be apportioned between all Providers and among entities with which the Organization has entered into LRIT Services Agreements and/or contracts, as appropriate, according to rules set up by the Assembly.

(3) No Party shall be obligated to pay for any costs associated with the performance by the Organization of the functions and duties of LRIT Co-ordinator by reason of its status as a Party to this Convention.

(3) Der Generaldirektor vertritt die Organisation nach außen und ist der höchste leitende Bedienstete des Direktoriums; er ist der Versammlung verantwortlich und untersteht ihrer Weisung.

(4) Der Generaldirektor legt unter Beachtung der Vorgaben und Anweisungen der Versammlung den Aufbau, die personelle Gliederung sowie die Muster-Anstellungsbedingungen für leitende und andere Bedienstete sowie für Gutachter und sonstige Berater des Direktoriums fest und ernennt das Personal des Direktoriums.

(5) Bei der Ernennung des Generaldirektors und des sonstigen Personals des Direktoriums ist vor allem darauf zu achten, dass die höchsten Anforderungen im Hinblick auf Integrität, Eignung und Tüchtigkeit erfüllt sind.

(6) Die Organisation schließt mit jeder Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Organisation das Direktorium errichtet, ein von der Versammlung zu genehmigendes Abkommen über alle Erleichterungen, Vorrechte und Immunitäten der Organisation, ihres Generaldirektors, anderer Bediensteter und der Vertreter der Vertragsparteien, solange sie sich zwecks Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet der Gastregierung befinden. Das Abkommen tritt außer Kraft, wenn das Direktorium aus dem Hoheitsgebiet der Gastregierung verlegt wird.

(7) Alle Vertragsparteien mit Ausnahme derjenigen, die ein Abkommen nach Absatz 6 geschlossen haben, schließen ein Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der Organisation, ihres Generaldirektors, ihres Personals, der im Auftrag der Organisation tätigen Sachverständigen und der Vertreter der Vertragsparteien, solange sie sich zwecks Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien befinden. Das Protokoll ist von diesem Übereinkommen unabhängig und enthält Bestimmungen für sein Außerkrafttreten.

Artikel 10 – Kosten – wird zu Artikel 13 und wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

#### **Artikel 13**

##### **Kosten**

(1) Die Organisation führt getrennt Buch über die Kosten für die Aufsicht über das GMDSS und die Dienste als LRIT-Koordinator. Die Organisation legt in den Vereinbarungen über Leistungen im öffentlichen Interesse und in den Vereinbarungen über LRIT-Leistungen beziehungsweise den entsprechenden Verträgen fest, dass folgende Kosten von den Anbietern und den Rechtsträgern, mit denen die Organisation Vereinbarungen über LRIT-Leistungen und/oder entsprechende Verträge geschlossen hat, getragen werden:

- a) die Betriebskosten des Direktoriums;
- b) die Kosten der Durchführung der Tagungen der Versammlung sowie der Sitzungen ihrer Nebenorgane;
- c) die Kosten der Durchführung von Maßnahmen, welche die Organisation gemäß Artikel 5 ergreift, um sicherzustellen, dass der Anbieter seiner Verpflichtung zur Bereitstellung mobiler See-Satellitenkommunikationsdienste für das GMDSS nachkommt, und
- d) die Kosten der Durchführung von Maßnahmen, welche die Organisation gemäß Artikel 4 in ihrer Rolle als LRIT-Koordinator ergreift.

(2) Die in Absatz 1 genannten Kosten werden nach Regeln, welche die Versammlung festlegt, auf alle Anbieter und auf die Rechtsträger umgelegt, mit denen die Organisation Vereinbarungen über LRIT-Leistungen beziehungsweise entsprechende Verträge geschlossen hat.

(3) Die Eigenschaft als Vertragspartei dieses Übereinkommens begründet keine Verpflichtung, Kosten zu tragen, die bei der Wahrnehmung der Aufgaben und Pflichten eines LRIT-Koordinators durch die Organisation entstehen.



(4) Each Party shall meet its own costs of representation at Assembly sessions and meetings of its subsidiary bodies.

Article 11 – Liability – is renumbered Article 14 and is replaced by the following text:

**Article 14**  
**Liability**

Parties are not, in their capacity as such, liable for the acts and obligations of the Organization or the Providers, except in relation to non-Parties or natural or juridical persons they might represent in so far as such liability may follow from treaties in force between the Party and the non-Party concerned. However, the foregoing does not preclude a Party which has been required to pay compensation under such a treaty to a non-Party or to a natural or juridical person it might represent from invoking any rights it may have under that treaty against any other Party.

Article 12 – Legal Personality – is renumbered Article 15

Article 13 – Relationship with other International Organizations – is renumbered Article 16

Article 14 – Withdrawal – is renumbered Article 21

Article 15 – Settlement of Disputes – is renumbered Article 17

Article 16 – Consent to be Bound – is renumbered Article 18

Article 17 – Entry into Force – is renumbered Article 19 and paragraph (1) thereof is amended as follows:

(1) This Convention shall enter into force sixty days after the date on which States representing 95 per cent of the initial investment shares have become Parties to the Convention.

Article 18 – Amendments – is renumbered Article 20 and paragraph (1) thereof is replaced by the following text:

(1) An amendment to this Convention may be proposed by any Party. The proposed amendment shall be circulated by the Director General to all Parties and to Observers. The Assembly shall consider the proposed amendment not earlier than six months thereafter. This period may in any particular case be reduced by up to three months by a substantive decision of the Assembly. Providers and Observers shall have the right to provide comments and input to Parties concerning the proposed amendment.

Article 19 – Depositary – is renumbered Article 22 and paragraph (1) thereof is replaced by the following text:

(1) The Depositary of this Convention shall be the Secretary-General of IMO.

With respect to the Annex to the Convention:

In the Title and in Articles 1, 5(6) and 5(8), the term “Article 15” is replaced by “Article 17”.

In Articles 2, 3(1) and 5(11), the word “Secretariat” is replaced by “Directorate”.

(4) Jede Vertragspartei trägt die Kosten der eigenen Vertretung auf Tagungen der Versammlung und Sitzungen ihrer Nebenorgane.

Artikel 11 – Haftung – wird zu Artikel 14 und wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

**Artikel 14**  
**Haftung**

Die Vertragsparteien sind in ihrer Eigenschaft als solche nicht haftbar für die Handlungen und Verpflichtungen der Organisation oder der Anbieter, ausgenommen im Verhältnis zu Nichtvertragsparteien oder von ihnen vertretenen natürlichen oder juristischen Personen, soweit sich diese Haftung aus geltenden Verträgen zwischen der betreffenden Vertragspartei und der betreffenden Nichtvertragspartei ergibt. Jedoch hindert dies eine Vertragspartei, die nach einem solchen Vertrag Entschädigung an eine Nichtvertragspartei oder eine von ihr vertretene natürliche oder juristische Person zahlen müsste, nicht daran, sich auf Rechte zu berufen, die ihr nach jenem Vertrag gegen eine andere Vertragspartei zustehen.

Artikel 12 – Rechtspersönlichkeit – wird zu Artikel 15.

Artikel 13 – Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen – wird zu Artikel 16.

Artikel 14 – Austritt – wird zu Artikel 21.

Artikel 15 – Beilegung von Streitigkeiten – wird zu Artikel 17.

Artikel 16 – Anerkennung der Verbindlichkeit – wird zu Artikel 18.

Artikel 17 – Inkrafttreten – wird zu Artikel 19, und Absatz 1 jenes Artikels erhält folgende Fassung:

(1) Dieses Übereinkommen tritt sechzig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem Staaten, die 95 vom Hundert der anfänglichen Investitionsanteile vertreten, Vertragsparteien des Übereinkommens geworden sind.

Artikel 18 – Änderungen – wird zu Artikel 20, und Absatz 1 jenes Artikels erhält folgende Fassung:

(1) Eine Änderung dieses Übereinkommens kann von jeder Vertragspartei vorgeschlagen werden. Der Änderungsvorschlag wird vom Generaldirektor an alle Vertragsparteien und an die Beobachter weitergeleitet. Die Versammlung berät über den Änderungsvorschlag frühestens sechs Monate danach. Diese Frist kann im Einzelfall durch einen Beschluss der Versammlung zur Sache um höchstens drei Monate gekürzt werden. Anbieter und Beobachter haben das Recht, den Vertragsparteien Stellungnahmen und Anregungen zu dem Änderungsvorschlag zu unterbreiten.

Artikel 19 – Verwahrer – wird zu Artikel 22, und Absatz 1 jenes Artikels wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Der Verwahrer dieses Übereinkommens ist der Generalsekretär der IMO.

Zur Anlage zu dem Übereinkommen:

In der Überschrift sowie in Artikel 1, Artikel 5 Absatz 6 und Artikel 5 Absatz 8 wird der Ausdruck „Artikel 15“ durch „Artikel 17“ ersetzt.

In Artikel 2, Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 11 wird das Wort „Sekretariat“ durch „Direktorium“ ersetzt.

**Verordnung  
zu dem Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006  
über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des  
deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien  
nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung der Französischen Republik  
über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur**

**Vom 5. Oktober 2010**

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 2003 zu dem Abkommen vom 30. Juli 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur (BGBl. 2003 II S. 1746) verordnet das Auswärtige Amt:

**Artikel 1**

Der Notenwechsel vom 12. Juni und 9. Oktober 2006 zwischen dem Auswärtigen Amt und dem französischen Außenministerium über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien nach Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002 über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur (BGBl. 2003 II S. 1746, 1747) wird hiermit in Kraft gesetzt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem der Notenwechsel in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem der Notenwechsel außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

\_\_\_\_\_

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 5. Oktober 2010

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Guido Westerwelle

Der Bundesminister  
des Auswärtigen

Berlin, den 12. Juni 2006

Herr Minister,

Ich beehre mich, Ihnen im Namen des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 35 Absatz 2 des Abkommens vom 30. Juli 2002 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die deutsch-französischen Gymnasien und das deutsch-französische Abitur sowie im Anschluss an die Gespräche der Vertreter unserer beiden Staaten folgende Bestimmungen über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien vorzuschlagen:

#### I. Allgemeines

1. Es wird ein Büro für das deutsch-französische Abitur als Koordinierungsstelle zwischen den deutsch-französischen Gymnasien als Prüfungszentren in der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik einerseits sowie dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und den Fremdprüfern des Prüfungsausschusses andererseits eingerichtet.
2. Das Büro arbeitet unter der Verantwortung des Präsidenten des Prüfungsausschusses. Das Büro wird abwechselnd im Oberschulamt Freiburg und im Centre interacadémique d'Arcueil eingerichtet, die das notwendige Personal stellen.

#### II. Aufgaben

1. Das Büro nimmt von den Direktoren der deutsch-französischen Gymnasien, die Prüfungszentren sind, Aufgabenvorschläge für jedes schriftliche Prüfungsfach entgegen und überprüft die Zahl dieser Vorschläge. Es sendet sie dem Präsidenten des Prüfungsausschusses zu.
2. Nach Rücksendung der Aufgabenvorschläge durch den Präsidenten des Prüfungsausschusses an das Büro werden von dort jedem Fremdprüfer ein vollständiger Satz der seinen Fachbereich betreffenden Aufgabenvorschläge sowie die erforderlichen Anweisungen übermittelt.
3. Das Büro organisiert anschließend mit dem Präsidenten des Prüfungsausschusses eine gemeinsame Besprechung aller Fremdprüfer, in deren Verlauf dem Präsidenten die Prüfungsaufgaben und die Ersatzaufgaben vorgeschlagen werden.
4. Nach dieser Besprechung übermittelt das Büro den Prüfungszentren die endgültigen Prüfungsaufgaben.

#### III. Finanzierung

1. Die Kosten des Büros werden von der Seite getragen, bei der es jeweils eingerichtet ist.
2. Die Reisekosten des Präsidenten des Prüfungsausschusses werden von seinem Herkunftsland getragen.
3. Die Reisekosten der Fremdprüfer übernimmt ihre Anstellungsbehörde mit Ausnahme der Reisekosten nach Frankreich für deutsche Mitglieder, die zu Lasten des Auswärtigen Amtes gehen.

Falls sich das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik mit den unter den Ziffern I bis III gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihres Ministeriums zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren Ministerien bilden, die in deutscher und französischer Sprache geschlossen wird, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, und an dem Tag in Kraft tritt, an dem das Auswärtige Amt dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik notifiziert hat, dass die deutschen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs dieser Notifizierung.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Steinmeier

Seiner Exzellenz  
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten  
der Französischen Republik  
Herrn Philippe Douste-Blazy  
Paris

Le Ministre fédéral  
des Affaires étrangères

Berlin, le 12 juin 2006

Monsieur le Ministre,

Me référant à l'article 35, alinéa 2, de la Convention entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française relative aux lycées franco-allemands et au baccalauréat franco-allemand en date du 30 juillet 2002, et à la suite des entretiens qui se sont déroulés entre des représentants de nos deux États, j'ai l'honneur de vous proposer, au nom du Ministère des Affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne, les dispositions suivantes relatives à l'instauration d'un bureau pour l'organisation du baccalauréat franco-allemand dans les lycées franco-allemands:

I. Généralités

- 1) Il est créé un bureau du baccalauréat franco-allemand, organe de coordination entre les lycées franco-allemands en tant que centres d'examen en République française et en République fédérale d'Allemagne d'une part, et, d'autre part, le Président, le Vice-Président et les membres extérieurs du jury.
- 2) Le bureau exerce son activité sous la responsabilité du Président du jury. Le bureau est implanté alternativement au centre inter-académique d'Arcueil et à l'Oberschulamt (Services scolaires de la Préfecture) de Fribourg, qui mettent à sa disposition le personnel nécessaire.

II. Compétences

- 1) Le bureau reçoit des directeurs des lycées franco-allemands, qui sont les centres d'examen, les propositions de sujets pour chaque épreuve écrite et vérifie leur nombre. Il adresse ces propositions au Président du jury.
- 2) Au retour des propositions de sujets sous la responsabilité du Président, le bureau adresse à chaque membre extérieur du jury un jeu complet des propositions concernant sa discipline ainsi que les instructions nécessaires.
- 3) Le bureau organise ensuite, avec le Président du jury, une concertation de tous les membres extérieurs du jury, au cours de laquelle sont soumis au Président les sujets d'examen et les sujets de remplacement.
- 4) À l'issue de cette concertation, le bureau remet aux centres d'examen les sujets définitifs.

III. Mode de financement

- 1) Les frais de fonctionnement du bureau sont à la charge de la Partie qui l'accueille.
- 2) Les frais de voyage du Président du jury sont pris en charge par son pays d'origine.
- 3) Les frais de voyage des membres extérieurs du jury sont à la charge de leurs autorités de tutelle, à l'exception des frais de déplacement en France des membres allemands, qui sont à la charge du Ministère fédéral des Affaires étrangères.

Si le Ministère des Affaires étrangères de la République française déclare accepter les propositions formulées aux paragraphes I à III ci-dessus, la présente note et la note de réponse exprimant l'accord de votre ministère constitueront un arrangement entre nos ministères, conclu en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi, qui entrera en vigueur à la date à laquelle le Ministère fédéral des Affaires étrangères aura notifié au Ministère des Affaires étrangères de la République française que les conditions internes nécessaires en Allemagne à l'entrée en vigueur de l'arrangement sont remplies. La date prise en considération sera celle de la réception de cette notification.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, les assurances de ma haute considération.

Steinmeier

Son Excellence  
Monsieur Philippe Douste-Blazy  
Ministre des Affaires étrangères  
de la République française  
Paris

République Française  
Le Ministre des Affaires Etrangères

Paris, den 9. Oktober 2006

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

hiermit bestätige ich den Erhalt Ihres Schreibens vom 12. Juni über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien mit folgendem Wortlaut:

*(Es folgt der Text der einleitenden Note.)*

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis zu den vorausgehenden Bestimmungen mitzuteilen. Dementsprechend bilden Ihr Schreiben und vorliegende Antwort eine Vereinbarung zwischen unseren Ministerien über die Einrichtung eines Büros für die Durchführung des deutsch-französischen Abiturs an den deutsch-französischen Gymnasien, die an dem Tag in Kraft treten wird, an dem das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik vom Auswärtigen Amt die Notifizierung erhält, dass die in der Bundesrepublik Deutschland erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(Höflichkeitsformel)

Philippe Douste-Blazy

République Française  
Le Ministre des Affaires Etrangères

9 octobre 2006

Monsieur le Ministre,

J'accuse réception de votre lettre en date du 12 juin 2006 et relative à l'instauration d'un bureau pour l'organisation du baccalauréat franco-allemand dans les lycées franco-allemands, laquelle se lit comme suit:

*(Es folgt der Text der einleitenden Note.)*

J'ai l'honneur de vous faire part de mon accord sur les dispositions qui précèdent. Dans ces conditions, votre lettre et la présente réponse constituent un arrangement entre nos deux ministères au sujet de l'instauration d'un bureau pour l'organisation du baccalauréat franco-allemand dans les lycées franco-allemands, lequel prendra effet à la date de réception par le ministère des Affaires étrangères de la République française de la notification l'informant de l'accomplissement des conditions internes nécessaires en République fédérale d'Allemagne à l'entrée en vigueur du présent arrangement.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma haute considération.

Philippe Douste-Blazy

A Son Excellence  
Monsieur Frank-Walter Steinmeier  
Ministre des Affaires étrangères  
de la République fédérale d'Allemagne  
Auswärtiges Amt  
11013 Berlin

**Bekanntmachung  
von Änderungen der Statuten der „Eurofima“  
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial**

**Vom 10. August 2010**

Die Außerordentliche Generalversammlung der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial hat am 26. März 2010 in Übereinstimmung mit Artikel 2 des Abkommens vom 20. Oktober 1955 über die Gründung der „Eurofima“ (BGBl. 1956 II S. 907, 908, 920) mit Zustimmung des Sitzstaates beschlossen, die Statuten wie folgt zu ändern:

1. Artikel 5:

Am Ende des ersten Satzes des Artikels 5 werden hinter den Wörtern „Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 2 600 000 000 Schweizer Franken“ die Wörter „, wovon 520 000 000 Schweizer Franken (20 %) einbezahlt sind“ angefügt.

2. Artikel 10 und 22:

In Artikel 10 werden in der Ziffer 4 hinter den Wörtern „Änderung der Statuten“ die Wörter „mit Ausnahme jener, welche gemäß Artikel 21 Absatz 3 Ziffer 6 in die Zuständigkeit des Verwaltungsrates fallen“ angefügt.

In Artikel 22 wird in Absatz 3 eine neue Ziffer 6 angefügt: „Die nachträgliche Leistung von Einlagen auf nicht voll liberierte Aktien und deren Bedingungen sowie die entsprechende Änderung von Artikel 5 in Bezug auf die auf dem Grundkapital insgesamt geleisteten Einlagen.“

3. Artikel 20:

Artikel 20 mit dem Wortlaut: „Jeder Aktionär ist verpflichtet, für die ihn vertretenen Mitglieder des Verwaltungsrates, für die Dauer ihres Amtes je eine Aktie der Gesellschaft bei der Gesellschaftskasse zu hinterlegen.“ wird gestrichen.

4. Artikel 30:

Artikel 30 Absatz 2 mit dem Wortlaut „Aus dem Rest wird hierauf den Aktien eine Dividende von höchstens 4 Prozent ausbezahlt.“ wird durch eine Kannbestimmung mit folgendem Wortlaut ersetzt: „Aus dem Rest kann sodann auf den Aktien eine Dividende von höchstens 4 % des einbezahlten Grundkapitals ausbezahlt werden.“

5. Umnummerierung der Artikel 21 ff. der Statuten und Anpassung der Bezugnahmen auf die Statuten im Abkommen:

Infolge der Streichung des Artikels 20 der Statuten wird der bisherige Artikel 21 zum neuen Artikel 20, der bisherige Artikel 22 zum neuen Artikel 21 usw.; die Statuten umfassen somit statt 33 Artikel jetzt nur noch 32 Artikel.

Folglich werden die in Artikel 2 Buchstabe b letzter Anstrich und Buchstabe c des Abkommens vom 20. Oktober 1955 über die Gründung der „Eurofima“ enthaltenen Bezugnahmen auf die Artikel 27 und 30 der Statuten nunmehr zu Bezugnahmen auf die Artikel 26 und 29 der Statuten.

Gemäß Mitteilung des Sitzstaates sind die Änderungen der Statuten

am 5. August 2010

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. Februar 2008 (BGBl. II S. 175).

Berlin, den 10. August 2010

Bundesministerium  
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Im Auftrag  
Küpper

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
der Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht**

**Vom 26. August 2010**

Die Satzung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht vom 31. Oktober 1951 in der Fassung vom 30. Juni 2005 (BGBl. 2006 II S. 1417, 1418) ist nach ihrem Artikel 2 Absatz 3 für die

Philippinen am 14. Juli 2010  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. Dezember 2008 (BGBl. 2009 II S. 121).

Berlin, den 26. August 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Abkommens über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr  
sowie des Zusatzprotokolls hierzu betreffend die Einfuhr  
von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr**

**Vom 26. August 2010**

Das Abkommen vom 4. Juni 1954 über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr (BGBl. 1956 II S. 1886, 1888) wird nach seinem Artikel 16 Absatz 2 und das Zusatzprotokoll vom 4. Juni 1954 zum Abkommen über die Zollerleichterungen im Touristenverkehr betreffend die Einfuhr von Werbeschriften und Werbematerial für den Fremdenverkehr (BGBl. 1956 II S. 1886, 1918) nach seinem Artikel 10 Absatz 2 für

Albanien am 7. November 2010  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Februar 2007 (BGBl. II S. 262).

Berlin, den 26. August 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens  
zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen**

**Vom 26. August 2010**

I.

Das Internationale Übereinkommen vom 21. Oktober 1982 zur Harmonisierung der Warenkontrollen an den Grenzen (BGBl. 1987 II S. 638, 640) ist nach seinem Artikel 17 Absatz 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Iran, Islamische Republik	am 18. August 2010
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung	
Tunesien	am 11. Juni 2009.

II.

Die Islamische Republik Iran hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 18. Mai 2010 folgende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

<p>“... pursuant to Article 21, paragraph 1, of the Convention, the Islamic Republic of Iran does not consider itself bound by the provisions of Article 20, paragraphs 2 to 7, concerning the settlement of disputes.”</p>	<p>„... im Einklang mit Artikel 21 Absatz 1 des Übereinkommens fühlt sich die Islamische Republik Iran durch Artikel 20 Absätze 2 bis 7 betreffend die Beilegung von Streitigkeiten nicht gebunden.“</p>
---	--

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. März 2009 (BGBl. II S. 309).

Berlin, den 26. August 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens über das Verbot der militärischen oder  
einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken  
(Umweltkriegsübereinkommen)**

**Vom 31. August 2010**

Das Übereinkommen vom 18. Mai 1977 über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (Umweltkriegsübereinkommen) – BGBl. 1983 II S. 125, 126 – ist nach seinem Artikel IX Absatz 4 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Honduras	am 16. August 2010.
----------	---------------------

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. November 2007 (BGBl. II S. 1974).

Berlin, den 31. August 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer



**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens Nr. 152 der Internationalen Arbeitsorganisation  
über den Arbeitsschutz bei der Hafendarbeit**

**Vom 31. August 2010**

Das Übereinkommen Nr. 152 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1979 über den Arbeitsschutz bei der Hafendarbeit (BGBl. 1982 II S. 694, 695) ist nach seinem Artikel 45 Absatz 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Italien	am	7. Juni 2001
Jamaika	am	4. November 2006
Libanon	am	6. September 2005
Moldau, Republik	am	22. Januar 2008
Niederlande	am	13. Mai 1999
Russische Föderation	am	14. Juli 2005
Seychellen	am	28. Oktober 2006
Türkei	am	17. März 2006.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. April 1991 (BGBl. II S. 727).

Berlin, den 31. August 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Protokolls von Kyoto  
zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen**

**Vom 31. August 2010**

Das Protokoll von Kyoto vom 11. Dezember 1997 (BGBl. 2002 II S. 966, 967) zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Mai 1992 über Klimaänderungen (BGBl. 1993 II S. 1783, 1784) ist nach seinem Artikel 25 Absatz 3 für

San Marino am 27. Juli 2010  
in Kraft getreten.

Das Protokoll von Kyoto wird für  
Somalia am 24. Oktober 2010  
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Januar 2010 (BGBl. II S. 61).

Berlin, den 31. August 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
der Satzung der Internationalen Kupfer-Studiengruppe**

**Vom 1. September 2010**

Die Satzung der Internationalen Kupfer-Studiengruppe vom 24. Februar 1989 (BGBl. 1992 II S. 534, 535) ist aufgrund Kündigung durch den Mitgliedstaat nach ihrer Nummer 23 Buchstabe a und c für die Niederlande

mit Wirkung vom 21. August 2010

außer Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 29. Juni 2010 (BGBl. II S. 859).

Berlin, den 1. September 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls vom 14. Juni 1954  
über einige Änderungen des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

**Vom 1. September 2010**

Das Protokoll vom 14. Juni 1954 über einige Änderungen des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt – Artikel 48 Absatz a, Artikel 49 Buchstabe e und Artikel 61 – (BGBl. 1959 II S. 69, 71) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Katar am 25. Juni 2008  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. November 2007 (BGBl. 2008 II S. 39).

Berlin, den 1. September 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls vom 6. Oktober 1989 zur Änderung des Artikels 56  
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

**Vom 1. September 2010**

Das Protokoll vom 6. Oktober 1989 zur Änderung des Artikels 56 des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1996 II S. 2498, 2499) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für

Angola am 4. Februar 2008

Katar am 25. Juni 2008

Madagaskar am 7. August 2007

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. November 2007 (BGBl. 2008 II S. 44).

Berlin, den 1. September 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Protokolls vom 26. Oktober 1990  
zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a  
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

**Vom 1. September 2010**

Das Protokoll vom 26. Oktober 1990 zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1996 II S. 2498, 2501) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für

Katar am 25. Juni 2008

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. April 2008 (BGBl. II S. 361).

Berlin, den 1. September 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen Übereinkommens von 2001  
über die Beschränkung des Einsatzes  
schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen**

**Vom 1. September 2010**

I.

Das Internationale Übereinkommen von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen (BGBl. 2008 II S. 520, 522) ist nach seinem Artikel 18 Absatz 2 für

Belgien	am	15. Juli 2009
Jordanien	am	24. Juni 2010
Kanada	am	8. Juli 2010
Marokko	am	14. Juli 2010
Syrien, Arabische Republik	am	24. Juli 2009

in Kraft getreten.

Das Übereinkommen wird nach seinem Artikel 18 Absatz 3 für das

Vereinigtes Königreich am 7. September 2010

in Kraft treten.

II.

Dänemark hat bei Unterzeichnung am 19. Dezember 2002 erklärt, dass die Anwendung sich nicht auf die Färöer Inseln sowie Grönland erstreckt.

Am 4. Juni 2010 hat Dänemark dem Verwahrer notifiziert, dass die vorstehende Erklärung in Bezug auf die Färöer Inseln mit Wirkung von diesem Tage an zurückgenommen wird.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. April 2010 (BGBl. II S. 370).

Berlin, den 1. September 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens Nr. 150 der Internationalen Arbeitsorganisation  
über die Arbeitsverwaltung: Rolle, Aufgaben, Aufbau**

**Vom 2. September 2010**

Das Übereinkommen Nr. 150 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 26. Juni 1978 über die Arbeitsverwaltung: Rolle, Aufgaben, Aufbau (BGBl. 1980 II S. 1254, 1255) ist nach seinem Artikel 12 Absatz 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	24. Juli 2003
Antigua und Barbuda	am	16. September 2003
Argentinien	am	20. Februar 2005
Armenien	am	18. Mai 2006
Belize	am	6. März 2001
Benin	am	11. Juni 2002
China	am	7. März 2003
Dominica	am	26. Juli 2005
Dominikanische Republik	am	15. Juni 2000
El Salvador	am	2. Februar 2002
Jordanien	am	10. Juli 2004
Kambodscha	am	23. August 2000
Kirgisistan	am	22. Dezember 2004
Korea, Republik	am	8. Dezember 1998
Lesotho	am	14. Juni 2002
Libanon	am	4. April 2006
Liberia	am	2. Juni 2004
Luxemburg	am	21. März 2002
Malawi	am	19. November 2000
Mali	am	23. Januar 2009
Marokko	am	3. April 2010
Mauritius	am	5. April 2005
Moldau, Republik	am	10. November 2007
Namibia	am	28. Juni 1997
Rumänien	am	4. November 2009
Russische Föderation	am	2. Juli 1999
Seychellen	am	23. November 2000
Simbabwe	am	27. August 1999
Trinidad und Tobago	am	17. August 2008
Tschechische Republik	am	9. Oktober 2001
Ukraine	am	10. November 2005
Zentralafrikanische Republik	am	5. Juni 2007.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. März 1996 (BGBl. II S. 398).

Berlin, den 2. September 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Internationalen Übereinkommens über Normen für die Ausbildung,  
die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten**

**Vom 2. September 2010**

Das Internationale Übereinkommen vom 7. Juli 1978 über Normen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten (BGBl. 1982 II S. 297, 298) ist nach seinem Artikel XIV Absatz 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	20. Juni 2002
Cookinseln	am	17. Mai 2010
Dominica	am	21. September 2000
Grenada	am	28. September 2004
Guatemala	am	17. Dezember 2002
Irak	am	10. März 2002
Jemen	am	14. Mai 2005
Kambodscha	am	8. September 2001
Katar	am	29. August 2002
Komoren	am	22. Februar 2001
Kongo	am	7. November 2002
Moldau, Republik	am	11. Januar 2006
Mongolei	am	26. September 2002
Namibia	am	24. April 2005
Nicaragua	am	9. Juni 2009
Serbien	am	3. Juni 2006
St. Kitts und Nevis	am	11. September 2004
St. Lucia	am	20. August 2004
Syrien, Arabische Republik	am	20. Oktober 2001
Turkmenistan	am	4. Mai 2009.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. April 2001 (BGBl. II S. 499).

Berlin, den 2. September 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des Übereinkommens Nr. 180 der Internationalen Arbeitsorganisation  
über die Arbeitszeit der Seeleute und die Besatzungsstärke der Schiffe**

**Vom 18. September 2010**

I.

Nach Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 22. Mai 2006 zu dem Übereinkommen Nr. 180 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 22. Oktober 1996 über die Arbeitszeit der Seeleute und die Besatzungsstärke der Schiffe (BGBl. 2006 II S. 450, 451) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 18 Absatz 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 14. Mai 2007  
in Kraft getreten ist. Die Ratifikationsurkunde ist am 14. November 2006 beim Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamts hinterlegt worden.

II.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Belgien	am 10. Dezember 2003
Bulgarien	am 24. August 2003
Dänemark	am 10. Januar 2004
Finnland	am 4. Januar 2003
Frankreich	am 27. Oktober 2004
Griechenland	am 14. November 2003
Irland	am 22. Oktober 1999
Lettland	am 13. Juli 2006
Luxemburg	am 30. Mai 2006
Malta	am 19. März 2003
Marokko	am 8. August 2002
Niederlande	am 16. Dezember 2003
Norwegen	am 22. April 2004
Rumänien	am 8. August 2002
Schweden	am 8. August 2002
Seychellen	am 28. April 2006
Slowenien	am 21. Januar 2005
Spanien	am 7. Juli 2004
St. Vincent und die Grenadinen	am 8. August 2002
Vereinigtes Königreich	am 8. August 2002.

Berlin, den 18. September 2010

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Susanne Wasum-Rainer

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz  
 Postanschrift: 11015 Berlin  
 Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin  
 Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz  
 Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II  
 Postanschrift: 53094 Bonn  
 Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn  
 Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH.  
 Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln  
 Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln  
 Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln  
 Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige  
 Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundes-  
 gesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durch-  
 setzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende  
 Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnements-  
 bestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln  
 Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten).  
 Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz  
 beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung  
 über den Geltungsbereich  
 des Übereinkommens Nr. 141 der Internationalen Arbeitsorganisation  
 über die Verbände ländlicher Arbeitskräfte  
 und ihre Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung**

**Vom 18. September 2010**

Das Übereinkommen Nr. 141 der Internationalen Arbeitsorganisation vom  
 23. Juni 1975 über die Verbände ländlicher Arbeitskräfte und ihre Rolle in der  
 wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (BGBl. 1977 II S. 481, 482) ist nach  
 seinem Artikel 8 Absatz 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Albanien	am	18. August 2005
Belgien	am	19. Dezember 2004
Belize	am	22. Juni 2000
Burkina Faso	am	25. August 1998
El Salvador	am	15. Juni 1996
Mali	am	12. Juni 1996
Moldau, Republik	am	4. April 2004.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom  
 7. September 1995 (BGBl. II S. 862).

Berlin, den 18. September 2010

Auswärtiges Amt  
 Im Auftrag  
 Dr. Susanne Wasum-Rainer